

## Der Regierungspräsident zu Hannover an den Ministerpräsidenten vom 17. 12. 1951

NW 30/250 Ausfertigung

[Betrifft: Dienstzeitverlängerung für Ministerialrätin Bardenhewer.]

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Wie ich von verschiedenen Seiten aus Nordrhein-Westfalen gehört habe, ist die Amtszeit von Frau Ministerialrätin Bardenhewer nur um ein Jahr verlängert worden. Bitte, gestatten Sie mir, daß ich mich in diesem Falle, ohne mich natürlich in irgendeiner Form einmischen zu wollen, ganz persönlich für ein längeres Verbleiben von Frau Bardenhewer im Amte einsetze. Sie ist einer der wenigen echten Wiedergutmachungsfälle, da sie nach § 4 des Berufsbeamtengesetzes entlassen war und 12 Jahre lang auf ein ganz geringes Einkommen beschränkt worden war. Nach meiner Kenntnis der Dinge sind in anderen Ministerien Herren bis zu drei Jahren verlängert worden, trotzdem sie nur nach § 6 pensioniert waren.

Dies sind jedoch nur äußere Gründe, die mich zu diesem Schreiben veranlassen. Der wesentliche Grund scheint mir aber, daß es gerade in der Kultusverwaltung darauf ankommt, daß aus einer echten demokratischen Grundhaltung heraus eine Neuordnung geschaffen wird. Wir beobachten ja wohl alle, wie das Ansteigen der reaktionären Kräfte manche in den letzten Jahren begonnene Aufbauarbeit zu stören beginnt. Wäre es nicht wichtig, zunächst mal eine Frau einzuberufen, die eingearbeitet werden kann, um dann wirklich die Nachfolge von Frau Bardenhewer antreten zu können?

Ich hoffe, Sie verübeln mir diesen Brief nicht. Er ist nur aus ernster Sorge um die Entwicklung geschrieben.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihre

Th. Bähnisch<sup>1</sup>

NW 30/250 Durchschlag

Frau Dr. Bardenhewer wurde im Mai 1933 beurlaubt und zum 1. 10. 1933 aufgrund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums pensioniert. In diesem Falle hieß die Begründung: nationale Unzuverlässigkeit. Ihre Pension, die bei § 4 3/4 der erreichten betrug, lag unter 200 RM. Zwölf Jahre lang hat sie das Bildungsheim des Katholischen Frauenbundes in Essen geleitet. Die finanzielle Lage des Frauenbundes erlaubte es nicht, ein Gehalt zu zahlen. Ende 1945 wurde Frau Bardenhewer wieder in ihrer alten Eigenschaft als Oberschulrätin in das neue Oberpräsidium Rheinland berufen. Sie war die dienstälteste Beamtin, die einzige nach § 4 pensionierte. Als das Kultusministerium gegründet wurde, wurde sie Leiterin der Abteilung für höhere Schulen. In der Schulabteilung wurde nach einigen Jahren die Stelle des Ministerialdirigenten geschaffen. Sie hätte ohne Zweifel als dienstälteste Abteilungsleiterin, als einzige erfahrene Verwaltungsbeamtin, einen Anspruch auf diesen Posten gehabt. Sie mußte darauf verzichten, weil in unserem Lande die Kombination weiblicher Minister – weiblicher Ministerialdirigent als „unerträglich“ empfunden worden wäre.

---

<sup>1</sup>Dorothea (Theanolte) Bähnisch (1899–1973), 1926–1930 Regierungsassessorin und -rätin beim Polizeipräsidenten in Berlin, Verwaltungsrechtsrätin und Anwaltstätigkeit für rassisch und politisch Verfolgte. Nach Kriegsende Verwaltungsrechtsrätin in Köln, 1946–1959 Regierungspräsident zu Hannover.

Niemand wird bezweifeln, daß Frau Bardenhewer in ihrer pädagogischen Überzeugung und in ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit jünger ist als viele um zehn Jahre jüngere Beamte. Sie hat in den knapp sechs Jahren neue Wege pädagogischer Zusammenarbeit der Direktoren und der Fachlehrkräfte an den höheren Schulen gefunden. Sie werden niemanden sprechen, der an solchen Arbeitswochen teilgenommen hat, der nicht von ihrer besonderen Fähigkeit überzeugt ist. Die auch mir bekannte Kritik kommt aus den Kreisen der CDU und der Pädagogik von Leuten, die nicht schnell genug sogenannte „altbewährte“ Schulformen und pädagogische Methoden wieder einführen möchten. Die Schulreform des Landes Nordrhein-Westfalen, auf die ein großer Teil der Lehrer an höheren Schulen, vor allem der Mädchenschulen (die immer fortschrittlicher sind) große Hoffnungen gesetzt hatte, ist durch den Widerstand einflußreicher Kreise stecken geblieben.

Frau Bardenhewer ist für die Ersteren noch eine Hoffnung.